

Ist Personenfreizügigkeit und Migration ein Märchen?

Kürzlich hatte ich in einem Artikel geschrieben, dass unsere Personenfreizügigkeit den Praxistest klar nicht bestanden habe. Ich habe zahlreiche positive und einige negative Rückmeldungen aus der Bevölkerung erhalten. Trotz unterschiedlichen Ansichten wurde mir immerhin fast ausnahmslos bestätigt, dass eine Einwanderung in die Schweiz, von wem und aus welchen Gründen auch immer, in der Grössenordnung von 70'000 bis 100'000 Personen pro Jahr unser Land vor fast unlösbare Probleme stellt. Diese Menschen beanspruchen viel: mehr Wohnraum, mehr Schulen, mehr medizinische Versorgung, mehr öffentlichen Verkehr, mehr Strassen, mehr Energie und vieles mehr. Und selbstverständlich wollen alle arbeiten. Oder doch nicht? Unser Arbeitsmarkt kann sie gar nicht alle aufnehmen. Jede andere Behauptung ist ein nettes Märchen aus der Küche der fast ins uferlose wachsenden „Schweizerischen Betreuungsindustrie“. Der Mix an Menschen der zu uns kommt ist leider zu unterschiedlich. Die Wirtschaft braucht in einer hochtechnisierten und schnelllebigen Welt in erster Linie Spezialisten, allenfalls vereinzelt Talente. Diese Menschen haben glücklicherweise den Schlüssel für den Wettbewerb in der Hand: Kompetenz für unseren Arbeitsmarkt. Aber zu uns kommen auch viele „billige“ Arbeitskräfte aus bildungsfernen Schichten und Kulturen, die mit der unseren kaum kompatibel sind. Von aussen betrachtet kann ich es diesen Menschen allerdings kaum übel nehmen. Unsere Gesetzgebung lädt förmlich ein, ins Schlaraffenland Schweiz einzureisen.

Und hier liegt leider „der Hund begraben“! Heute kommen zu viele Menschen zu uns, die aufgrund unterschiedlichster Gründe nicht in unseren Arbeitsmarkt integrierbar sind. Wir sollten endlich aufhören, uns dieser Wahrheit zu verschliessen. Es bringt nämlich gar nichts. Die anstehenden Probleme verdunsten nicht im Universum. Menschen, die ab den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts in unser Land (beispielsweise aus Italien) einreisten, erhofften sich eine bessere Zukunft. Sie wussten, dass eine damals boomende Wirtschaft sie brauchte. Viele haben die hiesige Sprache nie wirklich erlernt. Aber dennoch, sie wussten auch, dass für sie damals sicher kein roter Teppich ausgerollt wurde. Sie haben gearbeitet, und sich vielfach gute und sichere Existenzen geschaffen. Doch heute haben sich die Zeiten geändert. Wirtschaftlich und politisch.

Erinnern sie sich an meinen letzten Artikel? Ich habe darin berichtet, dass es in Deutschland heute Agenturen gibt, welche deutsche Arbeitslose beraten, wie sie sich am einfachsten ins schweizerische Sozialsystem einschleusen können.

Der Rechtsanwalt aus Frauenfeld schreibt in einem kürzlichen Artikel:

„Sozialhilfe als Karrierehöhepunkt:

Nehmen wir ein erfundenes, aber mögliches Beispiel; nennen wir es den Fall Rüdiger N. Rüdiger N. lebte in Ostdeutschland mit seiner vierköpfigen Familie von 1'835 Euro Hartz-IV-Geld und gelegentlich schlecht bezahlten Jobs. Zur Arbeitssuche kam er in die Schweiz. Ein Bekannter beschafft ihm eine Stelle in einem von Ostdeutschen geführten Abbruchunternehmen, das vornehmlich Ostdeutsche beschäftigt. Nach vier Wochen wird ihm gekündigt. Rüdiger erhält nun Arbeitslosenunterstützung von 80% seines Schweizer Gehaltes, nämlich 4'300.-- Franken während vierhundert Tagen. Nach diesen vierhundert Tagen wird Rüdiger von der Sozialhilfe übernommen. Auf wundersame Weise erhöht sich nun sein Einkommen noch! Der Artikel wäre noch länger, aber ich breche hier ab. Ich orientiere später mal über die Thematik „Arbeitslose EU-Bürger“ in der Schweiz.

Aber zur Verdeutlichung dieser möglichen Geschichte hier noch ein Budget-Beispiel einer vierköpfigen Musterfamilie, welche von der Sozialhilfe lebt. Es ist nicht erfunden. Quelle: Sozialhilfemissbrauch in der Stadt Bern. Bericht des Ausschusses Sozialhilfe an die Kommission für Soziales, Bildung und Kultur vom 20. Juni 2008. Die Zahlen und Durchschnittswerte wurden von der Sozialdirektion geliefert.

Grundtarif für 4 Personen:	CHF 2'054.--
Integrationszulage:	CHF 250.--
Einkommensfreibetrag:	CHF 300.--
Miete:	CHF 1'500.--
Mietnebenkosten:	CHF 300.--
Krankenkasse:	CHF 822,80
Erwerbungskosten (öV):	CHF 35.--
Auswärtige Verpflegung:	CHF 192.--
Gesundheitskosten:	CHF 352.--
Kinderbetreuung:	CHF 300.--
Total:	CHF 6'105,80

Es handelt sich hier um ein Fallbeispiel, welches hoffentlich nicht flächendeckend ist. Aber die allgemeine Faktenlage ist dennoch erdrückend: In den beiden grössten Kantonen Zürich und Bern ist noch kein einziger EU-Bürger wegen Arbeitslosigkeit oder Fürsorgeabhängigkeit weggewiesen worden (Tagesanzeiger vom 15. Dezember 2009). Die fatalen finanziellen und sozialen Folgen der Freizügigkeit sind spürbar. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die Sozialämter werden überschwemmt. Auch Opfikon hat diesbezüglich sehr viel zu tun. Die Kosten haben diejenigen zu tragen, welche arbeiten. Aber wie? Die Steuereinnahmen sinken vorderhand. Wächst der Schuldenberg? Will man den Mittelstand immer noch mehr aussaugen? Die nachfolgenden Generationen klatschen wohl kaum Beifall.

Ich kenne aus meiner beruflichen Tätigkeit als Treuhänderin hunderte von Menschen, die jeden Tag voll arbeiten und weniger Auskommen haben, als das oben ausgewiesene Beispiel. Und genau das sollte uns allen schwer zu denken geben. So kann es nicht weitergehen. Politiker und Politikerinnen aller Parteien müssen hier endlich und massiv in die Speichen des Sozialrades greifen. Wählerinnen und Wähler müssen Politiker und Politikerinnen, welche es ermöglichen, dass die Sozialhilfekosten ins Uferlose abzuheben drohen in die Schranken weisen und schlicht nicht mehr wählen.

Wir brauchen eine Politik, welche von der arbeitenden Bevölkerung, vom Durchschnittsschweizer, der Durchschnittsschweizerin verstanden wird. Ansonsten sind soziale Unruhen und ein finanzielle Kollaps vorprogrammiert. Schon heute laufen viele Gemeinden finanziell am Limit und die Schuldenberatungsstellen landauf landab können sich vor Arbeit kaum noch retten. Jugendliche und Erwachsene tapen immer häufiger in die Schuldenfalle und steuern so quasi direkt auf unsere Sozialkassen zu.

Wählen Sie SVP! Obwohl wir selbstverständlich auch nicht für alle Probleme und Fragen schnelle Lösungen haben; wir reden wenigstens Klartext und wischen nicht alle unangenehmen Wahrheiten unter den Teppich.

Beatrix Jud

Gemeinderätin /Stadtratskandidatin SVP